

3

Was wir erwarten: Gesellschaftliche Dynamiken der Transformation

3.1

Entwicklung der Resonanzfähigkeit der Klimawende

Wer sich für die gesellschaftliche Unterstützung der Klimawende interessiert, steht vor einem scheinbar paradoxen Befund. Einerseits konstatieren Umfragen mit geradezu stoischer Regelmäßigkeit, dass eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Klimawandel als real und besorgniserregend erachtet und Klimaschutz grundsätzlich befürwortet. Beachtliche Anteile zeigen sich darüber hinaus bereit, für die Klimawende auch ökonomische Kosten und/oder persönliche Einbußen hinzunehmen. Gleichzeitig lösen konkrete Maßnahmen zur Emissionsreduktion aber Kontroversen aus und treffen in Teilen der Bevölkerung sogar auf offene Ablehnung. Populistische und rechtsextreme Kräfte mobilisieren erfolgreich gegen Klimaschutz, grüne Politiker*innen und die Klimabewegung. Wie passt das zusammen?

Die Transformation, so scheint es, aktiviert alte und neue gesellschaftliche Konfliktlinien. Vordergründig stehen sich oft Sorgen vor dem Klimawandel einerseits, und Sorgen vor den Transformationskosten und -zumutungen andererseits gegenüber. Auf Einstellungsebene zeigen sich darüber hinaus Hinweise auf tieferliegende Spaltungen, die klassische Gegensätze zwischen konservativ-gemeinschaftsorientierten und liberal-kosmopolitischen Milieus, zwischen Stadt und Land oder Zentrum und Peripherie aufrufen. Diese überlagern sich mit neuen Brüchen wie jenen zwischen „alter“ und „neuer“ Mittelklasse (Reckwitz 2019). Polarisierungsunternehmer*innen in Politik und Medien nutzen diese latenten Spannungen, indem sie gezielt Reizthemen instrumentalisieren (Mau et al. 2023).

Die sozialwissenschaftliche Bewertung dieser Entwicklungen ist keineswegs einheitlich: Während die einen vor einer Verhärtung sozialer und mentaler Konfliktlagen im Sinne einer vertieften gesellschaftlichen Polarisierung warnen (Marg und Zilles

2023), blicken andere geradezu hoffnungsvoll auf die mögliche Herausbildung einer neuen „ökologischen Klasse“ mit transformativem Potential (Latour und Scholtz 2022). Wieder andere diagnostizieren schon pessimistisch einen „neuen Verteidigungskonsens“ gegen die Transformation (Blühdorn 2024). Wie auch immer die Langfristperspektive für einen Wandel aber bewertet wird: Klar ist, dass die beobachteten starken gesellschaftlichen Spannungen rund um das Klimathema durchaus schon heute ein ernstzunehmendes Problem für die Klimawende darstellen – etwa, wenn sie die Umsetzung von Maßnahmen behindern, oder wenn die Verhärtung gesellschaftlicher Fronten notwendige Kompromissfindungen erschwert.

Eine zentrale Bedingung gelingender Klimapolitik sehen wir daher in ihrer gesellschaftlichen *Resonanzfähigkeit* (Reusswig und Schleer 2021). Gemeint ist damit einerseits, dass Klimaschutzmaßnahmen an den Vorstellungen, Überzeugungen und Interessen der Betroffenen anschließen, um die Wahrscheinlichkeit von Zustimmung und aktiver Teilnahme zu erhöhen. Dazu muss andererseits eine grundlegende gesellschaftliche Disposition vorhanden sein, an die angeschlossen werden kann. Wie in Kap. 1.2 ausführlicher dargelegt, verbinden wir damit dreierlei (Rosa 2012: 396): Erstens eine *Affizierbarkeit* der Menschen durch den Klimawandel – also der Glaube an die Realität des Problems und eine Sensibilität für Umweltthemen. Zweitens eine Erwartung der *Selbstwirksamkeit* – ich bzw. wir als Gesellschaft sind nicht machtlos, sondern können etwas gegen die Erwärmung tun. Drittens die Annahme einer *Responsivität* von Politik – also ein Vertrauen darin, dass das politische System den Anliegen der Bevölkerung gegenüber nicht verschlossen ist, sondern diese grundsätzlich aufnimmt und auch auf Kritik angemessen reagiert.

Resonanz unterscheidet sich somit von einem anderen im öffentlichen Diskurs gängigen Begriff: Dem der Akzeptanz. Wo Akzeptanz eine einseitige Beziehung beschreibt, in der gesellschaftliche Gruppen auf die ihnen von der Politik vorgeordneten Maßnahmen oder von Unternehmen entwickelten Technologien reagieren, beschreibt Resonanz eine wechselseitige Beziehung, in der politisches Handeln immer schon bedingt wird von präexistierenden gesellschaftlichen Dispositionen, in der also gesellschaftliche Dynamiken, Stimmungen und Diskurse bestimmte Formen von Politik und bestimmte Lösungsansätze ermöglichen und andere hemmen. Damit rücken auch Formen negativer Resonanz in den Blick – etwa, wenn Menschen sich von den Zumutungen der Klimawende affizieren lassen und Selbstwirksamkeit in der Ablehnung von Maßnahmen erfahren.

In diesem Kapitel betrachten wir zunächst die Medienberichterstattung zum Klimathema, bevor wir existierende Studien zu den gesellschaftlichen Einstellungen zu Klimawandel und Transformation sichten und diskutieren, um jenseits der teilweise recht grobmaschigen Zeitdiagnosen, aber auch der Diskussion um die (fehlende) „Akzeptanz“ von Klimaschutzmaßnahmen, ein feinkörnigeres Bild von der Entwicklung der Resonanzfähigkeit der Klimawende und verschiedener Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu gewinnen.

Anhaltend hohe mediale Resonanz

Ein zentraler Einflussfaktor und zugleich ein Barometer für die gesellschaftliche Resonanzfähigkeit bildet die Medienberichterstattung zum

Klimawandel (Abb. 4). Diese zeigt insbesondere seit 2018 einen sehr deutlichen Anstieg, der eng mit dem Aufkommen der *Fridays-for-Future*-Bewegung zusammenfällt und im September 2019 einen ersten Höhepunkt erreicht, als im Zuge weltweiter Proteste auch in Deutschland über 1,4 Millionen Menschen an den Demonstrationen teilnahmen. Ein zweiter Peak ist im Herbst 2021 rund um die Bundestagswahl zu beobachten. Zwar ist danach ein relativer Rückgang zu verzeichnen, das Berichterstattungsniveau bleibt jedoch hoch – weiterhin ist die Berichterstattung zu Klimathemen etwa dreis- bis viermal so häufig wie vor 2018.

Zudem ist eine zunehmende *Diversifizierung der Klimadebatte* zu erkennen. Während in den 2010er Jahren vor allem Berichte über die globalen Klimakonferenzen und zu wissenschaftlichen Themen dominierten, hat sich das Spektrum seither deutlich erweitert. Heute wechseln sich Beiträge zu Klimabewegungen, Klimapolitik und den konkreten Auswirkungen des Klimawandels mit Berichten über wissenschaftliche Erkenntnisse und globaler Governance ab. Typisch sind saisonale Peaks zu Extremereignissen und Hitzewellen im Sommer, intensivere Berichterstattung zu globalen Klimakonferenzen im Winter, sowie – auf etwas niedrigerem, aber tendenziell steigendem Niveau – eine wachsende Zahl von Berichten über Klagen und Gerichtsverfahren.

Insgesamt lässt sich festhalten: Klimawandel und Klimaschutz genießen seit mehreren Jahren eine anhaltend hohe mediale Aufmerksamkeit – und werden zunehmend in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Themen diskutiert.

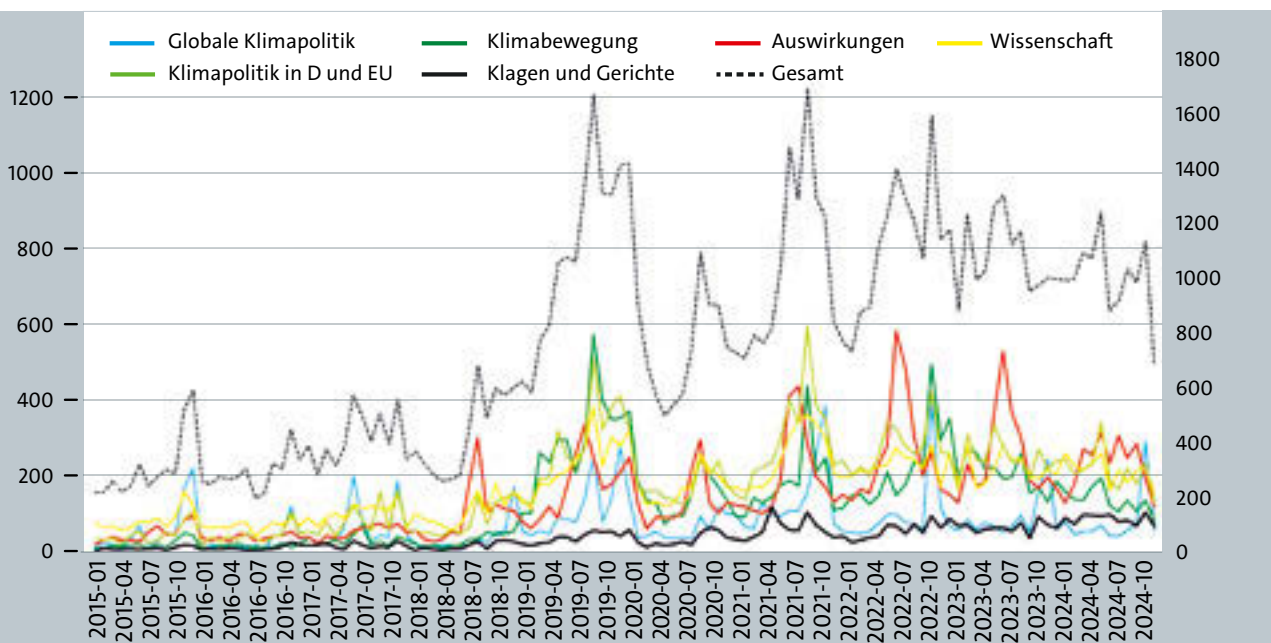


Abb. 4. Medienberichterstattung zum Klimawandel. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Medienberichterstattung zum Klimathema in ausgewählten deutschen Medien, zum einen insgesamt (rechte Achse) und zum anderen nach Themen (linke Achse). Eigene Erhebung (zur Methode vgl. Annex). Der Korpus wurde bereitgestellt durch Brüggemann et al. (2024) siehe <https://osf.io/fdn96/>

Eine vordergründig breite gesellschaftliche Unterstützung...

Auch Umfragen deuten insgesamt auf eine weiterhin breite – wenn auch teilweise oberflächliche – Unterstützung für den Klimaschutz in Deutschland hin (Mau et al. 2023). Die umfassendste Studienreihe zu diesem Thema wird vom Umweltbundesamt herausgegeben. In der Erhebung von 2022 gaben 88 Prozent der Befragten an, den Klimawandel als bedrohlich wahrzunehmen; 91 Prozent befürworteten einen klimafreundlichen Umbau der Gesellschaft (UBA 2023).¹ 62 Prozent hielten es für *sehr wichtig* und weitere 22 Prozent für *eher wichtig*, dass das 2-Grad-Ziel erreicht wird (ebd.: 34). Auch die Vorabergebnisse für 2024 weisen auf eine anhaltend starke Unterstützung hin: Für 88 Prozent der Befragten ist Umwelt- und Klimaschutz wichtig; 65 bzw. 55 Prozent sind der Ansicht, dass Umwelt- und Klimaschutz bei energie- und agrarpolitischen Entscheidungen eine übergeordnete Rolle spielen sollte (UBA 2025: 22).

Andere Untersuchungen bestätigen diesen Befund mit verschiedenen Methoden und aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen. Der Sozialbericht 2024 zeigt auf Grundlage von Daten des *European Social Survey* und des *GESIS-Panels*², dass die Bevölkerung in Deutschland im europäischen Vergleich ein überdurchschnittlich ausgeprägtes Umweltbewusstsein aufweist und grundsätzlich bereit zu sein scheint, auch einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten (Lübke 2024).

Eine große Mehrheit der Befragten gab in der Befragung 2020/2021 an, sehr oder extrem besorgt (58 Prozent) bzw. etwas besorgt (33 Prozent) über den Klimawandel zu sein – womit Deutschland im europäischen Vergleich den Spitzenplatz belegt (Lübke 2024: 415). Rund 70 Prozent der Befragten hielten es 2022 außerdem für *eher* oder *sehr akzeptabel*, für den Schutz der Umwelt Abstriche am persönlichen Lebensstandard zu machen (S. 417).

Das KfW-Energiewendebarameter, das sowohl die Nutzung von Energiewendetechnologien als auch die Einstellungen von rund 4 000 Haushalten erfasst, kommt zu dem Ergebnis, dass vier von fünf Haushalten die Energiewende unterstützen (Römer und Salzgeber 2024: 20). Im Jahr 2024 nutzten 31 Prozent der deutschen Haushalte mindestens eine der folgenden Technologien: Wärmepumpe, Photovoltaik- oder Solarthermianlage, Batteriespeicher, Kraft-Wärme-Kopplung, Holzpellettheizung oder Elektroauto. Gegenüber 2023 entspricht dies einem Anstieg um 2,9 Prozentpunkte (S. 13). Als wichtigste Motive für Investitionen nennen Haushalte finanzielle Vorteile; die größten Hemmnisse sind fehlender

finanzieller Spielraum und Zweifel an der Rentabilität (S. 21). Über die individuelle Technologieentscheidung hinaus bleibt die allgemeine Zustimmung zur Energiewende hoch: Rund 82 Prozent der Befragten halten sie für wichtig oder sehr wichtig (S. 5).

Die grundlegende Unterstützung zeigt sich auch im Zeitverlauf als bemerkenswert stabil (Sonnberger et al. 2025). Laut einer Studie der Universität Münster, die mithilfe von Längsschnittdaten aus dem *GESIS-Panel* und einer Kombination aus Strukturgleichungsmodellierung und maschinellen Lernverfahren durchgeführt wurde, weisen die Einstellungen zur Energiewende über die Zeit hinweg nur minimale Veränderungen auf (Sonnberger et al. 2025: 17). Unterschiede bestehen jedoch in den Vorstellungen zur konkreten Umsetzung: Während Befragte mit geringem Einkommen Kosten- und Gerechtigkeitsfragen einen höheren Stellenwert einräumen, unterstützen Befragte mit höherer Bildung und einem höheren Einkommen eher eine möglichst schnelle Dekarbonisierung.

...die aber sozialstrukturell und regional ungleich verteilt ist...

Hinter dem ersten Eindruck einer breiten Zustimmung zeigen sich also deutliche sozialstrukturelle, aber auch demografische und regionale Unterschiede. Besonders ausgeprägt sind Umweltbewusstsein und umweltbewusstes Verhalten laut der UBA-Erhebung 2022 bei Frauen, bei jungen und älteren Menschen sowie bei Personen mit höherem Bildungsniveau (Abb. 5). Beim Einkommen ergibt sich ein gemischtes Bild: Hohe Zustimmungswerte finden sich sowohl in den oberen, als auch in geringerem Maße in den unteren Einkommensgruppen, während vor allem die mittleren Einkommenschichten zurückhaltender erscheinen. Neben der sozialen Lage und soziodemographischen Faktoren beeinflusst auch die Zugehörigkeit zu soziokulturellen Milieus die Einstellung zum Klimaschutz. Regelmäßig zeigt sich in Befragungen, dass ein ökologisches Weltbild, ein hohes Bildungsniveau, eine linksgerichtete politische Orientierung sowie ein hohes Maß an politischem Interesse tendenziell mit einer starken Zustimmung zur Energiewende einhergehen (Sonnberger et al. 2025: 16). Auch regionale Unterschiede sind gut dokumentiert – etwa zwischen Stadt und Land, zwischen Kleinstädten und Metropolen³ sowie zwischen den ostdeutschen Bundesländern als eher energiewendeskzeptisch und den windreichen norddeutschen

1 2073 Personen, repräsentative Online-Befragung. Die Datenerhebung fand vom 7. bis zum 30. Juni 2022 statt.

2 Das GESIS-Panel ist ein Mixed-Mode-Panel, das auf einer Zufallsstichprobe der erwachsenen deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland basiert und vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführt wird <https://www.gesis.org/en/gesis-panel>

3 So etwa die regelmäßige PACE Erhebung der Universität Erfurt, die mehrmals im Jahr die Einstellungen und die Handlungsbereitschaft von 1.130 Befragten im Bereich des Klimaschutzes untersucht. Vgl. PACE. 2024. Zusammenfassung und Empfehlungen – Oktober 2024. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/24/>.

Bundesländern als besonders energiewendefreundlich (Römer und Salzgeber 2024).

Zudem sind nicht alle Menschen gleichermaßen bereit, persönliche Einbußen für den Klimaschutz hinzunehmen (Lübke 2024: 417). Die größten Unterschiede in dieser Bereitschaft zeigen sich in Abhängigkeit von politischer Orientierung und Bildungsniveau, wobei sich insbesondere die Kluft entlang politischer Einstellungen in den

vergangenen Jahren weiter vergrößert hat. Auch bei Personen mit mittlerem oder niedrigerem Bildungsabschluss nahm die Bereitschaft, persönliche Kosten für Klimaschutz in Kauf zu nehmen, zwischen den Befragungen 2021 und 2022 spürbar ab. Hinzu kommen geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen sind häufiger bereit, für den Klimaschutz Abstriche zu machen als Männer.

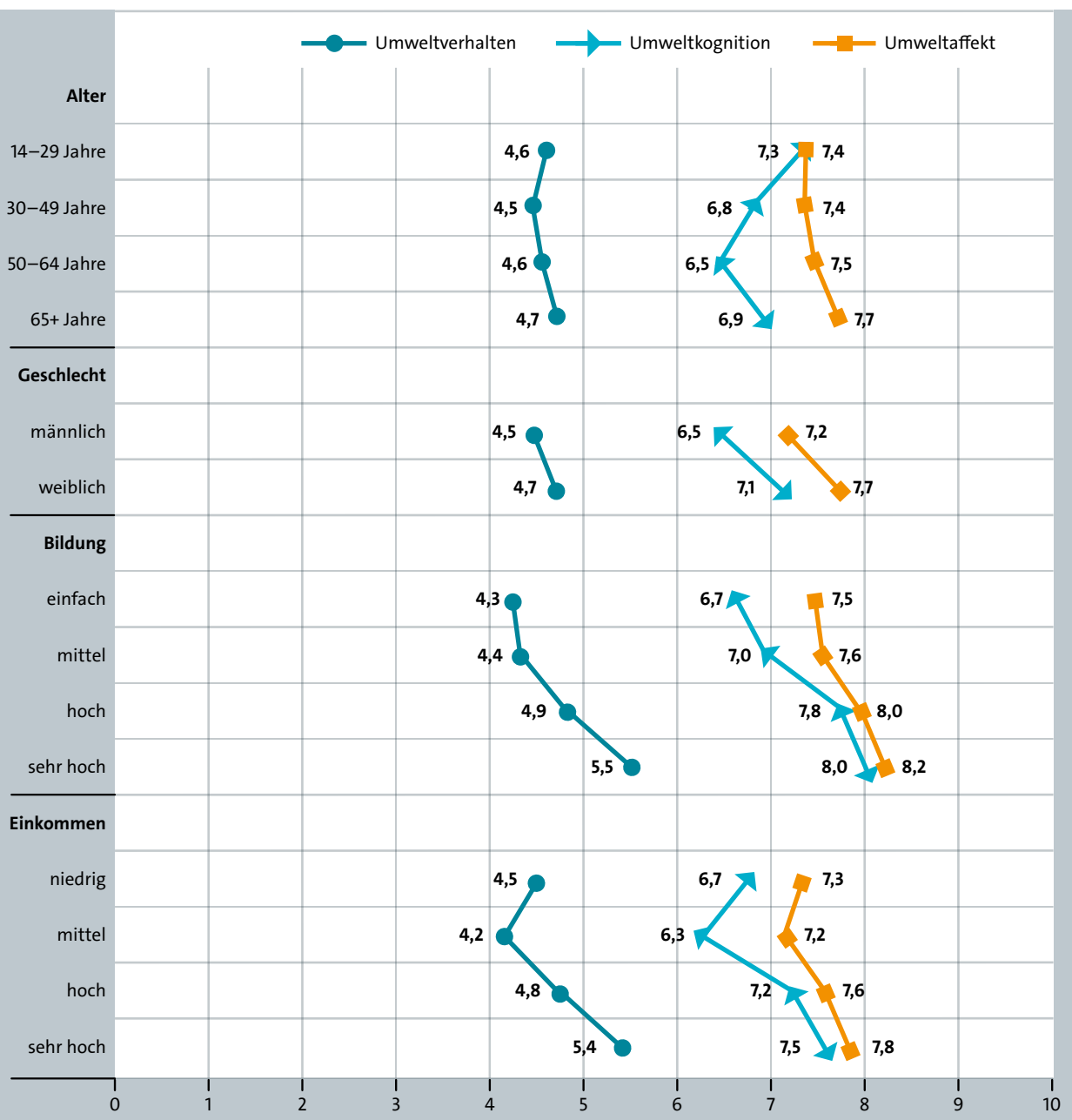


Abb. 5: Umweltbewusstsein im soziodemographischen Vergleich. Die dargestellten Kenngrößen zeigen die Stichproben-Mittelwerte der drei Teilbereiche Umweltaffekt (emotionale Dimension), Umweltkognition (Wissensdimension) und Umweltverhalten (Praxisdimension) auf einer Skala von 0 – gar nicht umweltbewusst – bis 10 – sehr umweltbewusst. Es zeigen sich teils deutliche Unterschiede in den verschiedenen Kategorien, wobei insbesondere mittlere Einkommen, Männer (die Kategorie „divers“ wurde herausgenommen, da das Ergebnis nicht repräsentativ war), sowie Menschen mit einfachem und mittleren Bildungsniveau sich verhaltener in allen ermittelten Kategorien des Umweltbewusstseins zeigen. Quelle ist die Umweltbewusstseinsstudie 2022 des Umweltbundesamtes (2023: 55), die auf einer Repräsentativerhebung von 2073 Befragten ab 14 Jahren beruht.

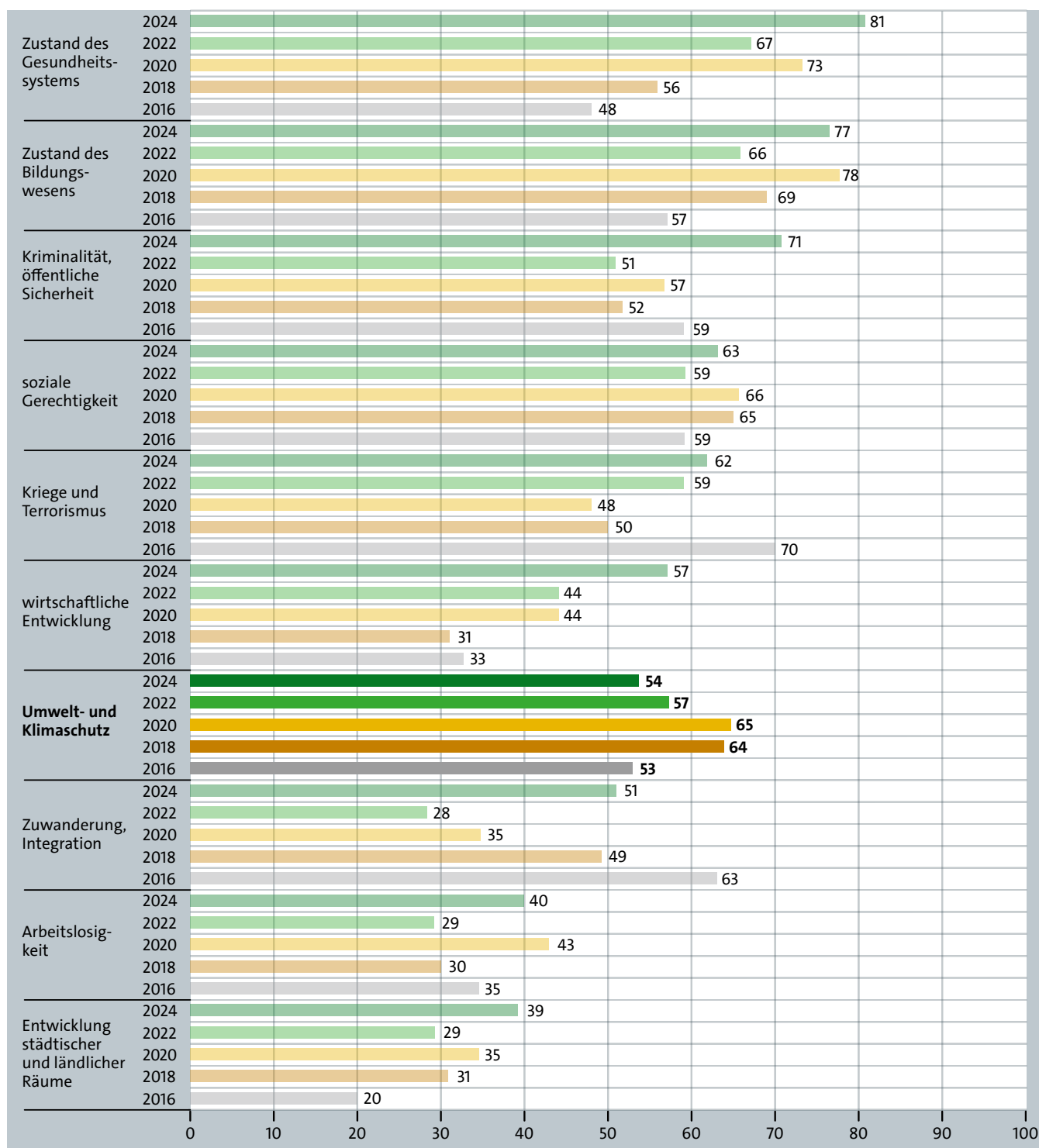


Abb. 6: Wichtigkeit politischer Themen im Zeitvergleich. Die Abbildung zeigt den prozentualen Anteil der Antworten „sehr wichtig“ auf die Frage: „Auf der folgenden Liste finden Sie Themen, die unser Land heute beschäftigen. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig oder unwichtig die folgenden Themen aus ihrer Sicht sind.“ Quelle ist die Umweltbewusstseinsstudie 2024 des Umweltbundesamt (2025: 5).

... und in Teilen der Bevölkerung abnimmt

Im Vergleich der letzten beiden UBA-Studien (Abb. 6) zeigt sich eine Abnahme der relativen Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz im öffentlichen Bewusstsein. Im Ranking politischer Themen rutschte das Item von der fünften auf die siebte Stelle der wichtigsten Herausforderungen. Im Rückblick erscheinen die Jahre 2018 bis 2020 als Hochphase des Klimathemas. Danach lässt sich ein Rückgang

beobachten, in dessen Zuge die Wichtigkeit zuletzt wieder in etwa auf das Niveau von 2016 sank.

Allerdings schätzen auch im Jahr 2024 noch immer 54 Prozent der Antwortenden Umwelt- und Klimaschutz als „sehr wichtig“ ein. Damit rangiert das Thema nahezu gleichauf mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, und vor Problemen wie der Zuwanderung oder der Arbeitslosigkeit, die dem Klima im medialen Diskurs, gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahl, regelmäßig den Rang

ablaufen. Eine ähnliche Tendenz zeigt das Eurobarometer für ganz Europa: auch hier ist die relative Wichtigkeit von Klima- und Umweltschutz nach einem Zwischenhoch rund um das Jahr 2019 wieder auf das Niveau von 2017 gefallen – bleibt damit aber immerhin an vierter Stelle der wichtigsten politischen Probleme.

Besonders ausgeprägt sind die Veränderungen allerdings in der jungen Generation: Während in der Umweltbewusstseinsstudie von 2023 die 14–29-Jährigen noch in den meisten Kenngrößen das stärkste Umweltbewusstsein zeigten (UBA 2023: 55), wiesen sie zwei Jahre später das niedrigste Umweltbewusstsein und -verhalten auf (UBA 2025: 8). Das ist eine dramatische Veränderung in sehr kurzer Zeit. Auch in anderen demographischen Kategorien zeigen sich stärkere Rückgänge als im Mittel: So ging beispielsweise bei Personen ohne oder mit niedrigem Bildungsabschluss bereits in den Jahren 2021 und 2022 die Bereitschaft, Abstriche beim Lebensstandard zu machen, wieder zurück.

Gesellschaftliche Spaltungstendenzen und Resonanzpotenziale

Bereits früh wurde angesichts der zunehmend hitzigen Debatten um Klimaschutz und der erwarteten Transformationszumutungen auf das Risiko einer gesellschaftlichen Spaltung hingewiesen (Gagné und Krause 2021, Reusswig und Schleer 2021). Gestützt wurde diese Befürchtung durch international vergleichende Untersuchungen, die zeigen, dass insbesondere in den USA und teilweise in anderen anglophonen Ländern eine zunehmende klimapolitische Polarisierung zu beobachten ist. Diese strukturiert sich in einem Kontext übergreifender gesellschaftlicher Spaltungstendenzen anhand der Linien der Parteizugehörigkeit (Caldwell et al. 2024). Auch wenn eine solche Spaltung für Deutschland bisher nicht nachgewiesen wurde, erscheint auch hier der Umbau zur Klimaneutralität angesichts der massiven ökonomischen Umwälzungen, sozialen Folgewirkungen und damit verbundenen Politisierungspotentialen als „Klassenkonflikt im Werden“ (Mau et al. 2023: 26).

Ausgehend von dieser Gemengelage versucht eine Reihe von Studien, eine differenzierte Sicht auf gesellschaftliche Spaltungstendenzen und Resonanzpotenziale zu gewinnen. Eine Untersuchung der Organisation More in Common von 2021⁴ unterscheidet etwa auf der Grundlage von Fokusgruppen und einem Onlinepanel sechs „gesellschaftliche Typen“ mit unterschiedlichen Werten und Einstellungen. Während progressive Gruppen – in der Nomenklatur der Studie die „Offenen“ und

„Involvierten“, die respektive 16 Prozent und 17 Prozent der Befragten ausmachen – sich bereit zeigen, für den Klimaschutz Gewohnheiten zu ändern und Kosten in Kauf zu nehmen, reagieren die „Enttäuschten“ und „Wütenden“, immerhin 14 Prozent und 19 Prozent, hier deutlich ablehnender (Gagné und Krause 2021: 35). Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist die Forderung nach einem höheren Preis für CO₂-Emissionen: Im Vergleich zu den Involvierten (65 Prozent) ist die Zustimmung der Enttäuschten mit 32 Prozent auffallend gering. Die Studie zeigt aber auch Verbindendes: 80 Prozent der Befragten und damit eine große Mehrheit hält den Klimawandel für ein ernstzunehmendes Problem, und immerhin 71 Prozent unterstützen ein verbindliches, gemeinschaftliches Vorgehen mit klaren Zielen und fairer Lastenverteilung (Gagné und Krause 2021).

Dennis Eversberg und Kolleg*innen (2024) argumentieren anhand einer umfassenden repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Winter 2021/2022, dass die Sicht auf den anstehenden Wandel in Deutschland stark durch „sozial-ökologische Mentalitäten“ geprägt sei.⁵ In diesen spiegeln sich verinnerlichte Wahrnehmungs-, Denk- und Empfindungsgewohnheiten wieder, es handelt sich also im bourdieuschen Sinne um eine „inkorporierte soziale Struktur“, in der die soziale Lage – Herkunft, Wohlstand, Bildung, Beruf – zur Geltung kommt, ohne dass sie die Einstellungen Einzelner vollständig determiniert. Die Autor*innen gruppieren diese Mentalitäten und identifizieren drei übergreifende Pole: ein ökosoziales Spektrum (26 Prozent), das für eine rasche und umfassende Transformation eintritt; ein konservativ-steigerungsorientiertes Spektrum (36 Prozent), das Klimaschutz zwar verbal befürwortet, dabei aber den Erhalt der eigenen Lebensweise priorisiert; und ein defensiv-reaktives Spektrum (26 Prozent), das zwischen Resignation und wütender Abwehr der Transformation oszilliert. Unterschiede in den Einstellungen ergeben sich laut der Untersuchung „aus dem Umstand, dass Menschen auf unterschiedliche Art und Weise in die [aktuellen] Veränderungs- und Krisenprozesse eingebunden sind, davon profitieren oder darunter leiden, sich davon er- oder entmächtigen und ihre Möglichkeiten erweitert oder beschnitten sehen, mit ihrer Arbeit auf- oder abgewertet werden“ (Eversberg et al., 2024: 66). Obgleich die deutsche Gesellschaft weit davon entfernt sei, in vollständig polarisierte Lager gespalten zu sein, machen die Autor*innen Tendenzen gesellschaftlicher Spaltungen im Sinne einer lebensweltlichen Entkopplung bestimmter sozialer Gruppen aus. Die Klimawende erscheint hier als Teil eines mehrdimensionalen sozial-ökologischen Klassenkonflikts. Die bisherigen Konfliktlagen deuten eher auf eine Neuausrichtung

4 2013 Erwachsene, Online-Panel-Erhebung, Februar 2021

5 4000 Personen, Herbst/Winter 2021/2022. Im Unterschied zu Meinungen und Einstellungen, die sich relativ schnell ändern können, werden Mentalitäten als inkorporiert und damit träge beschrieben, und lassen sich somit nicht einfach ‚ablegen‘.

des politischen Koordinatensystems nach rechts hin, als dass es Mehrheiten für eine sozial-ökologische Transformation gäbe.

Zu einem ähnlichen Schluss kommen Reusswig und Schleer (2021), allerdings auf Grundlage der in der Marktforschung etablierten und auch in der Umweltverhaltensforschung genutzten Sinus-Milieus.⁶ In ihrer detaillierten Untersuchung zur Resonanzfähigkeit der Klimawende in Deutschland machen die sie auf der einen Seite „Treiber-Milieus“ aus, die etwa 30 Prozent der Bevölkerung umfassen, und eine weltoffene, urbane und linksliberale Prägung teilen, und „Blockade-Milieus“, die etwa 28 Prozent der Menschen umfassen. Darunter finden sich sogenannte „Prekäre“, die die Klimawende als teures Elitenprojekt wahrnehmen, „Konsum-Hedonisten“, die Klimaschutz als Spaßbremse empfinden und Verzicht ablehnen, und „Nostalgisch-Bürgerliche“, die ihren Lebensstil bedroht sehen (Reusswig und Schleer 2021: 57–58). Interessant sind die Entwicklungen von Einstellungen innerhalb dieser Gruppen: So sank die Resonanz für Klimaschutz unabhängig von der sozialen Lage besonders stark in traditionell-konservativ geprägten Milieus, bis weit hinein ins grün-bürgerliche Spektrum (S. 47–54). Diagnostiziert wird außerdem eine weit verbreitete Wandel-Müdigkeit, bzw. Wandel-Angst, die sich aus vergangenen Transformationserfahrungen (etwa in Ostdeutschland) und sich gegenwärtig überlagernden Wandeldynamiken (Globalisierung, Digitalisierung, Pandemie) speist.

In einer Folgestudie greifen die Autor*innen die zuvor eingeführten Unterscheidungen auf und differenzieren europaweit zwischen Treiber-Milieus, Unterstützer-Milieus, kritisch-zurückhaltenden sowie distanziert-ablehnenden Milieus (Schleer et al. 2024). Auf dieser Basis identifizieren sie typische Barrieren und Hindernisse für die Transformation – ebenso wie Resonanzpotentiale und Ansatzpunkte für klimapolitische Kommunikation. Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass insbesondere eine sozial gerechte Ausgestaltung der Klimapolitik entscheidend sei, um Barrieren abzubauen und Konflikte zu minimieren. Dafür gibt es auch breite Unterstützung in der Bevölkerung. In allen betrachteten Ländern wären mindestens 81 Prozent der Befragten (eher) bereit, mehr für Umwelt- und Klimaschutz zu tun – vorausgesetzt, die entstehenden Kosten werden sozial gerecht verteilt. Die Milieubetrachtung zeigt dabei nur geringe Unterschiede. Doch so wichtig die Kostenfrage ist – sie greift allein zu kurz. Nicht-monetäre Verluste, etwa empfundene

Zumutungen in den Bereichen Mobilität, Wohnen oder Ernährung, sind für viele ebenso bedeutsam. Besonders kritisch wird es, wenn Maßnahmen als einseitige Vorschriften „von oben“ wahrgenommen werden: 73 Prozent der Befragten geben an, es abzulehnen, wenn andere ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben (Schleer et al. 2024: 30).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass in der Grundsatzfrage der Notwendigkeit des Klimaschutzes zwar ein breiter Konsens besteht, dieser jedoch vordergründig bleibt und zunehmend brüchig wird, da die Meinungen bei Tempo der Transformation und konkreten Maßnahmen auseinandergehen. Der Erfolg der Transformation hängt maßgeblich davon ab, erstens Treiber- und Unterstützer-Milieus für konkrete politische Maßnahmen zu mobilisieren. Klar ist jedoch auch, dass die Klimawende als „Elitenprojekt“ kaum gelingen kann. Deshalb müssen auch, zweitens, Resonanzräume in eher ablehnenden Milieus identifiziert und, drittens, intermediäre, vermittelnde Milieus gezielt angesprochen werden (Schleer et al. 2024: 32–33).

Konfliktlinien: Handlungsbereitschaft und Maßnahmenwahl

„Gesellschaftliche Konflikte um Umwelt- und Klimapolitik drehen sich weniger um die Grundsatzfrage ‚Mehr Klimaschutz: ja oder nein?‘, sondern vielmehr um die angemessene Ausgestaltung eines sozialökologischen Wandels“ (Schleer et al. 2024: 5). Diese Diagnose teilen viele Studien zu öffentlichen Einstellungen zur Klimapolitik: Der Wandel werde breit befürwortet – strittig sei vor allem das Wie. Allerdings birgt gerade dieser Fokus auf die Umsetzungsebene ein weites Feld potenzieller Konflikte. Diese verlaufen nicht nur zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, sondern zeigen sich auch innerhalb einzelner Milieus oder als innere Widersprüche individueller Einstellungen. Es ist deshalb hilfreich, zwei Ebenen zu unterscheiden: jene der *individuellen Handlungsbereitschaft* und jene der *Zustimmung zu politischen Maßnahmen*.

Zwar sind umfragenbasierte Aussagen zur individuellen Handlungsebene prinzipiell mit Vorsicht zu interpretieren – aus bekundeten Haltungen lässt sich nicht direkt auf tatsächliches Verhalten schließen.⁷ Dennoch geben sie Hinweise auf mobilisierbare Potenziale für klimabewusstes Handeln. Deutlich wird dabei zunächst bei Haushaltsbefragungen, dass die Unterstützung technischer Lösungen der

6 Diese bilden auf der vertikalen Dimension Angaben zur sozialen Ungleichheit und auf der horizontalen Dimension Unterschiede hinsichtlich von Wertorientierungen ab.

7 In diesem Sinne argumentiert etwa Ingolfur Blühdorn: „Nicht nur werden die klima- und nachhaltigkeitspolitischen Forderungen der Wissenschaft und vieler Aktivist*innen von wesentlichen Teilen der Gesellschaft als elitär und statusbedrohend wahrgenommen ... auch in den Teilen der Gesellschaft, in denen solche Narrative entwickelt und in besonderem Maße gepflegt werden, sind sie oft vor allem Selbstdarstellungen und Sollvorstellungen, die weit entfernt sind von den real praktizierten Handlungsformen, Lebensstilen und Selbstverwirklichungsmustern“ (Blühdorn 2020: 99).

Energiewende stark von Kostenüberlegungen abhängt.⁸ Auch Fairnessüberlegungen spielen eine Rolle: Werden Klimaschutzmaßnahmen insgesamt als gerecht wahrgenommen, steigt auch die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren (Römer und Salzgeber 2024: Grafik 2.4).

Darüber hinaus wird die klimapolitische Handlungsbereitschaft der Bundesbürger in regelmäßigen Erhebungen im Rahmen des PACE-Projekts der Universität Erfurt vermessen. Diese zeigen, dass eine hohe Handlungsbereitschaft eng verknüpft ist mit wahrgenommenen Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel, mit Wissen über den Klimawandel, Vertrauen in Institutionen und dem Gefühl von Selbstwirksamkeit. Insgesamt zeigt sich das Verhalten über die Zeit relativ stabil (vgl. Abb. 7).

Auch auf der Ebene konkreter Maßnahmen liefern die PACE-Daten differenzierte Einblicke. Auffällig ist zunächst, dass die Parteiführungen oft die

Klimaschutzbereitschaft ihrer eigenen Wähler*innenschaft unterschätzen. In der Erhebung 2025 wünschten sich Anhänger*innen fast aller Parteien – mit Ausnahme von AfD und FDP – mehr Engagement im Klimaschutz von „ihrer“ Partei.

Einzelne Maßnahmen wiederum erfahren sehr unterschiedliche Zustimmung- bzw. Ablehnungswerte (Abb. 8): Hohe Unterstützung (53–75 Prozent) gibt es für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Abschaffung von Kurzstreckenflügen bei vorhandenen Alternativen, die Förderung erneuerbarer Energien und finanzielle Anreize für nachhaltiges Verhalten. Etwa die Hälfte befürworteten einen Kohleausstieg bis 2030.

Deutlich geringere Zustimmung (rund ein Drittel) erhalten eingriffsintensive Maßnahmen, etwa ein Verbot neuer Öl- und Gasheizungen, ein Zulassungsverbot für Verbrennerautos ab 2030 oder höhere Steuern auf tierische Lebensmittel.

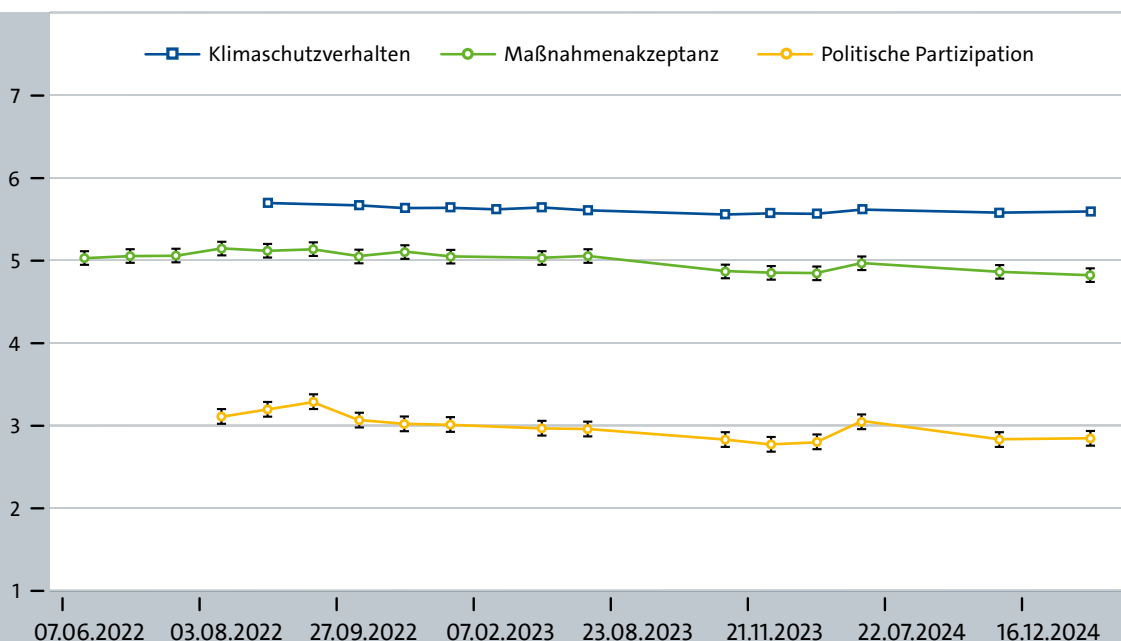


Abb. 7: Indikatoren der Handlungsbereitschaft nach dem *Planetary Health Action Survey*,⁹ einer regelmäßigen Datenerhebung, bei der mehrmals im Jahr die Bereitschaft zum Klimaschutz sowie die Akzeptanz von politischen Maßnahmen abgefragt wird. Dabei wird unterschieden zwischen individuellem Klimaschutzverhalten, der Akzeptanz von Maßnahmen und politischer Partizipationsbereitschaft. Mittelwerte im Zeitverlauf, gemessen von 1 (geringe Ausprägung) bis 7 (hohe Ausprägung). Interessanterweise zeigen sich im Zeitverlauf nur geringe Schwankungen – Ende 2023, nach der sehr kontroversen Debatte um das Gebäudeenergiegesetz und mit Beginn der Bauernproteste, sank die Handlungsbereitschaft (insbes. Maßnahmenakzeptanz und Partizipation) etwas.

⁸ Das Energiewendebarmometer kommt zu dem Ergebnis, „dass Haushalte klimafreundliche Technologien vor allem dann nutzen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, unabhängig von der Einstellung zur Energiewende. So ist die Zustimmung zur Energiewende bei den Haushalten besonders hoch, die einen hohen Kostendruck bei Strom oder Heizung verspüren“ (Römer und Salzgeber 2024: 5). Umgekehrt können sich 41 Prozent aller Haushalte eine Energiewendemaßnahme vorstellen, setzten sie aber nicht um, weil sie es sich nicht leisten können.

⁹ Vgl. PACE. 2024. Zusammenfassung und Empfehlungen – Oktober 2024. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/24/>.

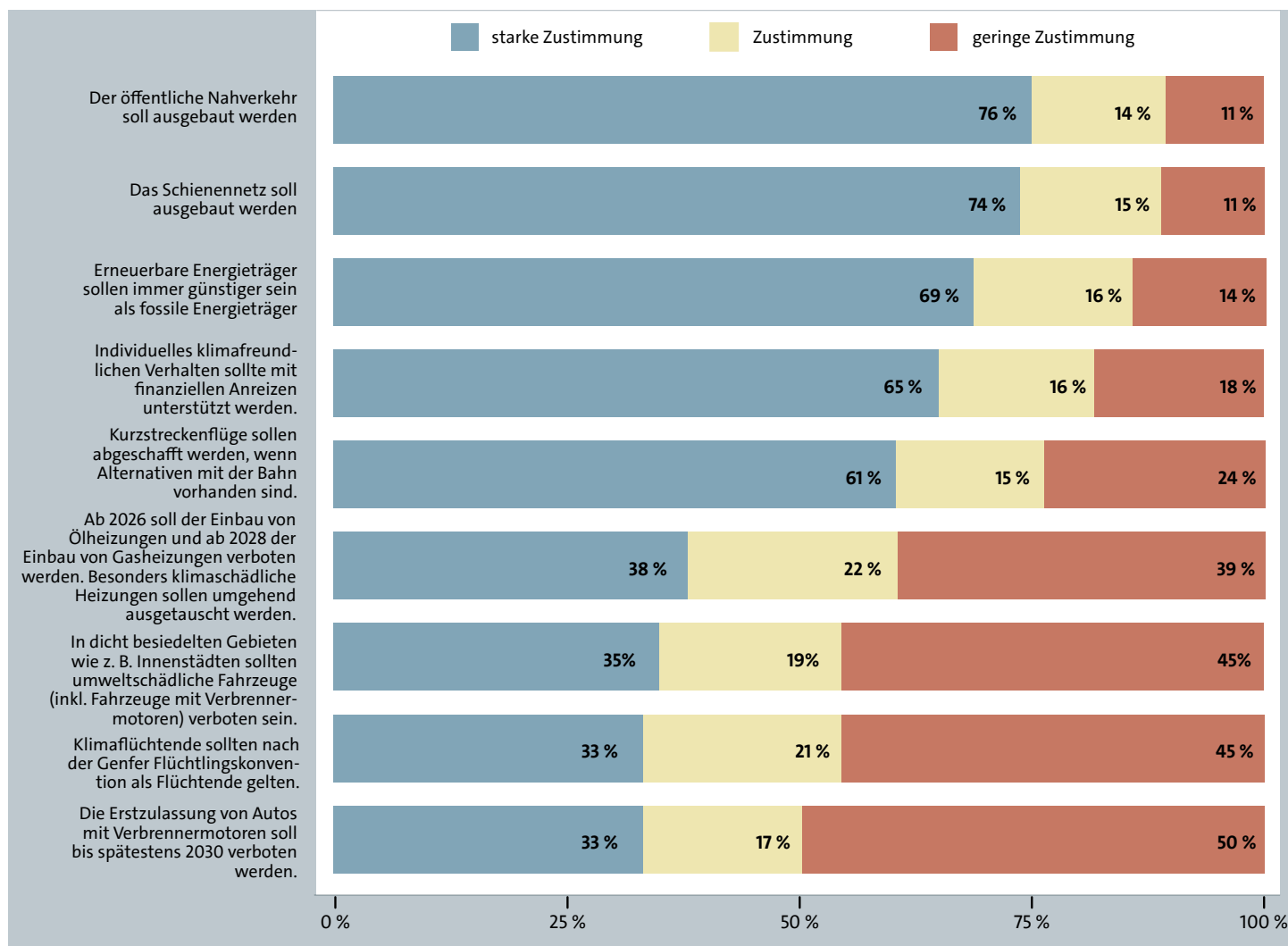


Abb. 8: Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen nach dem Planetary Health Action Survey.¹⁰ Grundlage bildet die Erhebung vom Mai 2025 mit 1092 Befragten. Gezeigt werden hier die jeweils populärsten und unpopulärsten Maßnahmen.

Besonders anschlussfähig erscheinen Maßnahmen, die *kollektive Gewinne* versprechen – wie etwa der Ausbau öffentlicher Infrastruktur oder ein kostenloser ÖPNV. Auch Umverteilungsinstrumente wie eine Reichensteuer oder progressive CO₂-Bepreisung erhalten noch relativ hohe Zustimmungswerte – insbesondere bei Milieus, die Klimaschutz mit Gemeinwohlorientierung verknüpfen. Konflikte entstehen vor allem dort, wo Maßnahmen als Einschränkung persönlicher Freiheit erscheinen und keine positive Vision kollektiver Verbesserung erkennbar ist. Umgekehrt wird Klimapolitik dann attraktiv, wenn sie nicht nur als Regulierung, sondern als Erweiterung kollektiver Handlungsspielräume erlebt wird.

Diese Befunde sprechen für die Notwendigkeit einer strategischen Wahl *klimapolitischer Instrumente*: Dort, wo Maßnahmen auf breite

Zustimmung stoßen, können sie als Hebel dienen – nicht nur zur Emissionsreduktion, sondern auch zur Stärkung gesellschaftlicher Resonanzpotenziale. Gleichzeitig verweisen sie auf die zentrale Rolle *politischer Kommunikation*, insbesondere für notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen, die tief in Alltagsroutinen eingreifen.

Ein Negativbeispiel für fehlgeschlagene politische Kommunikation bietet hier die kontroverse Debatte um das Gebäudeenergiegesetz Ende 2023 (siehe Box 4). Die Episode führte nicht nur zu einer Schädigung der politischen Reputation des damaligen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck, sondern auch zu einem Anstieg von Gasheizungskäufen zulasten von Wärmepumpen und einer signifikanten und anhaltenden Abnahme der Unterstützung für Maßnahmen zur Wärmewende.

¹⁰ Vgl. PACE. 2024. Zusammenfassung und Empfehlungen – Oktober 2024. <https://projekte.uni-erfurt.de/pace/summary/24/>.

Zahlreiche Befunde zeigen außerdem, wie stark die Zustimmung zur Energiewende mit dem Vertrauen in politische Akteure verknüpft ist. So liegt die grundsätzliche Zustimmung zur Energiewende bei Haushalten mit geringem Vertrauen in die Politik bei lediglich 77 Prozent. Bei Haushalten mit mittlerem oder hohem Vertrauen steigt dieser Wert auf 91 Prozent (Römer und Salzgeber 2024: 7). Umgekehrt zeigt sich: Wo das Vertrauen schwindet, wachsen auch die Widerstände gegen staatliche Eingriffe. Besonders stark ist dies bei AfD-Wähler*innen ausgeprägt: 85 Prozent stimmen in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft der Aussage zu, der Staat „wolle ihnen vorschreiben, wie sie zu leben haben“ (Neligan und Diermeier 2025). Statt staatlicher Maßnahmen setzen sie – ebenso wie viele FDP- und CDU-Anhänger*innen – auf marktförmige Lösungen und Innovation.

Gelingende Klimapolitik erfordert deshalb neben technischen Lösungen auch eine überzeugende Kommunikation über Maßnahmen und Visionen einer lebenswerten Zukunft. Reusswig und Schleer (2021: 60) fassen dies zusammen wie folgt: „Die sozialökologischen Nachteile der fossilen Lebensweise brauchen eine komplementäre Erzählung von den Vorteilen der klimaneutralen Gesellschaft.“ Dabei solle politische Kommunikation die Herausforderung der Klimaneutralität nicht verharmlosen, sondern offen benennen. Verstärkt werden Ängste und Widerstände dagegen durch intransparente Prozesse, unklare Konzepte und den Eindruck eines überhasteten Wandels, der „von oben“ verordnet wird.

Ein mögliches Element erfolgreicher Kommunikation sind Formate zur Beteiligung von Bürger*innen. Partizipative Verfahren, das zeigen Studien immer wieder, erhöhen nicht nur die Unterstützung für ambitionierte Klimapolitik, sondern auch darüber hinaus das Vertrauen in politische Institutionen (Schleer et al. 2024: 30). Dabei ist nicht nur der „Ergebnisnutzen“ relevant, sondern oft noch stärker der „Prozessnutzen“: Menschen akzeptieren Entscheidungen eher, wenn sie die Möglichkeit hatten, sich einzubringen – selbst dann, wenn sie nicht vollständig ihren eigenen Positionen entsprechen.

Resonanzfähigkeit als zentrale Ressource für die Klimawende

Die gesellschaftliche Unterstützung für die Klimawende ist von einem Spannungsverhältnis geprägt: Einer vordergründig hohen allgemeinen Zustimmung zum Klimaschutz steht in der Detailbetrachtung ein erheblicher Dissens über die Umsetzungsgeschwindigkeit und konkrete Maßnahmen gegenüber. Die im Kapitel ausgewerteten Studien zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Umwelt- und Klimaschutz nach wie vor befürwortet – diese Zustimmung ist jedoch demografisch, sozialstrukturell und regional ungleich verteilt und in jüngerer Zeit in Teilen der Bevölkerung rückläufig. Besonders besorgniserregend ist der Vertrauensverlust in politische Akteure und Institutionen sowie die sinkende Umweltorientierung der jungen Generation.

Zugleich verdichten sich Hinweise auf gesellschaftliche Spaltungstendenzen entlang sozialer Lagen, Werthaltungen und Mentalitäten. Die Klimawende wird von Teilen der Bevölkerung als Elitenprojekt oder Zumutung wahrgenommen – vor allem dort, wo Maßnahmen als einseitige Eingriffe „von oben“ erscheinen und keine kollektive Zukunftsperspektive eröffnen. Zugleich zeigen verschiedene Milieu- und Mentalitätsstudien, dass es in weiten Teilen der Gesellschaft weiterhin Resonanzpotenziale gibt – auch jenseits der progressiven Kernklientel.

In dieser Gemengelage erweist sich Resonanzfähigkeit als zentrale Bedingung für das Gelingen der Transformation. Politische Maßnahmen müssen an gesellschaftliche Vorstellungen anschlussfähig sein, Selbstwirksamkeitserwartungen stärken und Vertrauen in politische Responsivität fördern. Resonanz beschreibt damit eine wechselseitige Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft, die über bloße Akzeptanz hinausgeht. Sie entsteht nicht automatisch – sondern erfordert eine differenzierte, sozial sensible Klimapolitik, die Beteiligung ermöglicht und in eine Kommunikation eingebettet ist, die Resonanzräume öffnet, statt sie zu verschließen. Gleichwohl werden Spannungen bestehen bleiben – zumal die Resonanzfähigkeit der Klimawende zunehmend von Gegenbewegungen herausgefordert wird und Tiefe wie Umfang der notwendigen Transformation auch künftig erhebliches gesellschaftliches Sprengpotenzial bergen.

Autor*innen:

Stefan C. Aykut und Aitana Mollyk